

Bezugspreis:

Brettelüber. 30.—, Monatl. 10.—, ... für das übrige Ausland bei täglich einmal, ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kompatibilität ... 1. Zeilenlänge ... 1. Spaltenhöhe ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Kurt Mörningh. Nr. 15190-15197.

Sonntabend, den 2. Oktober 1920

Dorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Kurt Mörningh. Nr. 11753-54.

Der Streik im Zeitungsgewerbe.

Wie wir schon in der heutigen Morgenausgabe mitgeteilt haben, sind die Angehörigen im Zeitungsgewerbe am Sonnabend früh in den Kussstand getreten.

Die Angehörigen des 'Vorwärts' streiken nicht! Sie hatten schon vor einigen Monaten mit dem Verlag einen Tarif abgeschlossen, der ihnen höhere Gehälter gewährt als die von den Streikenden geforderten.

Zentrale (S.-S.) besorgt wird, mit der unser Verlag einen darauf bezüglichen Vertrag abgeschlossen hat.

Durch Verhandlungen mit der Zentralstreikleitung wurde heute vormittag aber eine Einigung erzielt. Nach Einwirkung des Vorwärts-Verlages hat die Zeitungszentrale die Forderungen bewilligt.

In einer am Sonnabendvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden konnte festgestellt werden, daß die Arbeitsniederlegung einmütig auf der ganzen Linie erfolgte ist.

Wie wir erfahren, sollen augenblicklich Verhandlungen schweben, um eine Verständigung zwischen den Streikenden und den Unternehmern herbeizuführen.

Endkampf in der U. S. P.

Der Kampf in der U. S. P. ist jetzt soweit gediehen, daß nicht mehr um Meinungen, sondern nur noch um materielle Machtpositionen gekämpft wird. In Berlin insbesondere geht das Ringen jetzt in den einzelnen Distrikten um die Parteikassen, Mitgliederlisten, Parteibüroaus und Parteistempel.

Das wertvollste Kampfobjekt in dieser Machtkonstellation ist die ursprüngliche U. S. P. und der kommunistischen Einheitsparties bilden natürlich die unabhängigen Zeitungen, deren es im Reich etwa fünfzig gibt.

Seit Wochen zerren die Richtungen an diesem Mast hin und her, wie zwei Hunde an einem Knochen. Ueber den augenblicklichen Stand dieses Kampfes gibt die 'Freiheit' von heute morgen folgenden Bericht:

Die Pressekommmission hat in ihrer Sitzung am Donnerstag mit 12 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und bei dem Freisein von drei Mitgliedern beschlossen, daß die Reuebesetzung der Redaktion sofort zu erfolgen habe.

Da der Beschluß der Generalversammlung der Verlags-Genossenschaft 'Freiheit' bestimmt, daß der Vorstand der Genossenschaft das Recht des Einspruchs gegen die Entscheidung der Pressekommmission hat und daß über diesen Einspruch in gemeinsamer Sitzung zwischen Vorstand und Pressekommmission mit einfacher Mehrheit entschieden wird, so ist der Beschluß der Pressekommmission ebensowenig endgültig wie ihre früheren Beschlüsse.

Die Redaktion der 'Freiheit' knüpft an diesen Situationsbericht eine längere Betrachtung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Pressekommmission mit ihrem Donnerstagbeschlusse ihrem Sonnabendbeschlusse wieder umgestoßen hat; damals wollte man die Angelegenheit den Distrikten überweisen, jetzt will man sie selbst erledigen, man hat es also mit der Abhängigkeit ungemein eilig.

Man will also der Redaktion nicht die Möglichkeit geben, ihre Haltung vor den Mitgliedern zu rechtfertigen, da die Mitglieder sonst beabsichtigt werden könnten. Nach dieser Methode wird auch bereits jetzt überall verfahren, weshalb es kein Wunder ist, daß solche Beschlüsse gefaßt werden können.

Wie wenig die Pressekommmission das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder zu wahren denkt, erfährt auch die Tatsache, daß die Anregung eines Mitgliedes der Pressekommmission, man solle doch auch über die Zusammenfassung der neuen Redaktion sprechen, von der Mehrheit mit Stillschweigen beantwortet wurde.

Wir können demgegenüber nur noch einmal darauf verweisen, daß die Redaktion nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für Verbleiben von dem Vertrauen der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie abhängig ist und nicht von persönlichen Gründen. Ob das Vertrauen aber nicht mehr vorhanden ist, kann nur ein ordnungsgemäß herbeigeführter Willensausdruck der Gesamtheit der Mitglieder zeigen und nicht ein Beschluß einer von Geschäftigkeit und Unschicklichkeit geleiteten Körperschaft.

Die Redaktion steht also in offener Auflehnung gegen die Pressekommmission und appelliert an das Selbstbestimmungsrecht der Parteimitglieder. Sie weiß aber wohl selbst, daß sie an der unabhängigen Berliner Parteigenossenschaft, wie sie heute nun einmal ist, keine Freude erleben wird.

Unehrlichkeit oder Ablenkungsversuch?

Unter der Überschrift 'Der Machtkampf um Groß-Berlin' mündet sich die 'Freiheit' gegen die Maßnahmen der bürgerlichen Mehrheit in der Preussischen Landtagsversammlung in bezug auf das Gesetz Groß-Berlin und betont, daß, weil es sich hier um Fragen politischer Macht handelt, um ein Attentat gegen die sozialistische Arbeiterschaft, alle Arbeiter und Angestellten sich gegen diesen Entrechtungsversuch wehren müßten.

Die 'rechtssozialistische Partei' wolle den Kampf jedoch nicht aufnehmen und die kommunistische Partei finde das Mittel lediglich in der Aufstellung der Parole der politischen Arbeiterräte.

Die 'Freiheit' geht aber noch weiter, sie wirft den 'Rechtssozialisten' vor, das Mittel der Obstruktion verächtlich und die Unabhängigen im Stich gelassen zu haben. Endlich mündet sich das unabhängige Blatt gegen den Aufruf des Bezirksvorstandes Groß-Berlin der S. P. D. in der Freitagabendnummer des 'Vorwärts', worin die Parteigenossen ersucht werden, für die kommende Landtagswahl in eine umfassende Agitation einzutreten, damit die heute noch bürgerliche Mehrheit in der Preussischen Landtagsversammlung am Tage der Wahl in eine sozialistische umgewandelt werde.

Es ist nicht unsere Absicht, die preussische Landtagsfraktion gegen den Vorwurf des unabhängigen Blattes, daß sie die Obstruktion verschmäht habe, zu verteidigen. Sie wird für ihre Haltung ihre Gründe haben. Doch aber die 'Freiheit' solche Vorwürfe erhebt, obwohl sie weiß, daß ihre eigenen Genossen den Bürgerlichen in der Frage der unbesoldeten Stadträte in weitestem Maße entgegengekommen sind, muß doch verblüffen. Denn wenn der unabhängige Redner befragt, die Zahl der unbesoldeten Stadträte eventuell auf 10 festzusetzen, während die Bürgerlichen nur zwei mehr verlangen, so weiß man wirklich nicht, was da noch für eine Spannung zwischen der unabhängigen Fraktion und den in dieser Frage koalitierten Bürgerlichen besteht.

Es wirkt daher geradezu lächerlich, wenn jetzt die 'Freiheit' zum Generalstreik der Arbeiter und Angestellten aufruft. Nicht gewinnt es den Anschein, als ob die im Stadium größter Verkennung befindliche unabhängige Partei einen solchen Streik braucht, um den Streit im eigenen Hause auf andere Dinge abzulenken und daß bei den Ultraschöllern verlorene Renommee wieder zurückzugewinnen.

Partei und Regierung.

Breslau, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'). Der Breslauer Sozialdemokratische Parteivorstand sagte nach einem Referat des Genossen Dr. Adolf Braun vom Parteivorstand in einer kurz befristeten Versammlung einstimmig folgende Entschlieung:

Die Übernahme des Staatsapparates ist eine der Vorbedingungen der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse. Als deren politische Vertretung ist die Sozialdemokratische Partei bereit, dann in die Regierung einzutreten, wenn sie einen wirksamen Einfluss auf den Gang der Politik ausüben kann, und wenn sie damit einen wesentlichen Teil des Staatsapparates in die Hände spielt.

Rolle spielen lassen und ist abzulehnen. Die Koalition mit anderen bürgerlichen Parteien ist dazu zu bezagen, wenn die Durchsetzung folgender Forderungen garantiert ist: pazifistische Außenpolitik, Republikanisierung der Reichswehr, Demokratisierung der Verwaltung, Sozialisierung des Bergbaues, planmäßige Lebensmittel- und Rohstoffverwirtschaftung.

Der Marburger Mordprozess verschoben.

Bekanntlich ist gegen das Urteil des Kriegsgerichtes, das gegen die Mitglieder des Studentencorps Marburg zusammengetreten war, Einspruch erhoben und das Verfahren dem Schwurgericht in Kassel überwiesen worden. Die Verhandlung, die ursprünglich am 18. Oktober beginnen sollte, ist nunmehr auf Mitte November verschoben worden, da seitens des Verteidigers, Rechtsanwalt Lütgebrunne-Göttingen, der Staatsanwaltschaft sehr umfangreiches Entlastungsmaterial überreicht worden ist.

Schulstreik in Elberfeld.

Elberfeld, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'). Die freie Schulgesellschaft Elberfeld hat am Donnerstagabend in allen Stadtteilen Elternversammlungen abgehalten, die zu dem Schulstreik zwecks Erzwingung der weltlichen Schule Stellung nehmen sollten. Alle Versammlungen waren überaus stark besetzt und es wurde einmütig beschlossen, am Freitagmorgen in den Streik einzutreten. Am Freitagmorgen veranstaltete die freie Schulgesellschaft eine Strahendemondration, an der circa 4000 Kinder und 2000 Mütter beteiligt waren. Die Demonstration zog vor das Rathaus und eine aus 10 Vertretern der freien Schulgesellschaft bestehende Abordnung suchte mit dem Oberbürgermeister eine Unterredung zu erzielen. Der Oberbürgermeister war jedoch nicht zugegen. An dessen Stelle teilte der Beigeordnete Stadtschulrat Dr. Schumann der Abordnung mit, daß am Montagmorgen die Schulbeputation zu den Forderungen der Schulgesellschaft Stellung nehmen solle.

Die Vertreter der Schulgesellschaft forderten, daß entsprechend einer früher gemachten Zusage die freie Schule nicht erst am 1. April 1921 eingerichtet werde, sondern schon am 1. Oktober 1920. Sie verlangten ferner, daß zu den Verhandlungen am Montag Vertreter der freien Schulgesellschaft zugezogen werden. Die Schulgesellschaft wandte sich am Freitag noch einmal telegraphisch an den Minister Haeussler, damit er vermittelnd in den Schulstreik eingreife. Heute, Sonnabendmorgen, liegt eine Antwort des Ministers noch nicht vor. Die Schulgesellschaft hat beschlossen, solange im Streik zu verharren, bis ihre Hauptforderungen erfüllt sind.

Wir hatten unsere Stellungnahme zu dem in Groß-Berlin propagierten Gedanken eines reaktionären Schulstreiks gegen die Wahl des Dr. Löwenthein zum Oberstadtschulrat dahin präzisiert, daß wir forderten, es müsse unter allen Umständen vermieden werden, die Kinder in die Schule hineinzuziehen und — nach Adolf Hoffmannschem Muster — zu Strahendemondrationen zu mißbrauchen. Es ist dringend zu hoffen, daß dieser Grundsatz, die Kinder von Fragen fernzuhalten, zu denen sie noch gar keine Stellung nehmen können, auch in Elberfeld Beachtung findet. Im übrigen ist dringend zu hoffen, daß der Forderung der freien Schulgesellschaft, schon am 1. Oktober die weltliche Schule zu errichten, stattgegeben wird.

Der neue Gott der Menschheit. Die in Prag (Tschecho-Slowakei) seit kurzem erscheinende russische sozialrevolutionäre Tageszeitung 'Wolja Kossil' bringt in ihrer Nummer vom 29. September nachfolgendes Zitat aus der Moskauer kommunistischen Goldmonatsschrift 'Die Macht der Sowjets' vom 17. Juli: 'Vor drei Jahren hat der neue Gott der Menschheit, der geniale Führer des Proletariats, Lenin, die Wege ins Reich des Sozialismus gezeigelt.'

Ein proletarischer Gott — immerhin eine neue Erscheinung.





